



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Bericht zur Log4j-Sicherheitslücke

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zur Log4j-Sicherheitslücke zu berichten.

Dabei ist vor allem auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie schätzt die Staatsregierung die Bedrohungslage ein?
- Welche Angriffsversuche auf Server sind der Staatsregierung bekannt?
- Welche Angriffsversuche oder Vorbereitungen dazu sind der Staatsregierung seitens Cyberkrimineller bekannt?
- Welche Angriffsversuche oder Vorbereitungen dazu sind der Staatsregierung seitens staatlicher Hackergruppen aus dem Ausland bekannt?
- Welcher Schaden ist durch die Sicherheitslücke in Bayern entstanden?
- Inwiefern ist die Staatsverwaltung betroffen?
- Inwiefern ist die bayerische Wirtschaft betroffen?
- Welche Gegenmaßnahmen oder zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen ergreift die Staatsregierung?
- Hat die Staatsregierung analog zum Vorgehen in Thüringen eine Prüfung von Anwendungen in der Staatsverwaltung veranlasst?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, sich künftig besser auf solche Sicherheitslücken und ihre Folgen vorzubereiten?

Begründung:

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) meldete am 11.12.2021 eine kritische Schwachstelle (Log4Shell) in der weit verbreiteten Java-Bibliothek Log4j. Diese führt nach Einschätzung des BSI zu einer extrem kritischen Bedrohungslage. Das BSI hat daher eine Cyber-Sicherheitswarnung der Warnstufe Rot veröffentlicht. Aufgrund der Schwachstelle gibt es weltweit Versuche, diese auszunutzen. Nach Medienberichten sollen diese zum Teil erfolgreich gewesen sein. Unter anderem hat der Freistaat Thüringen vorsichtshalber große Teile seiner IT zeitweise vom Netz genommen. Das Ausmaß der Bedrohungslage ist aktuell nicht abschließend feststellbar. Da Server sehr wahrscheinlich von der Sicherheitslücke betroffen sind und Auswirkungen der Lücke für den Freistaat insgesamt gefährlich sein können, soll die Staatsregierung dem Landtag zu dem Vorgang berichten.